

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

April 2018



Im Monatsinterview:

S. E. Jacob Keidar, Botschafter des Staates Israels in der Schweiz und für das Fürstentum Liechtenstein

Kurswechsel

Die Schweizer Botschaft gehört nach Jerusalem!

EDU-PETITION

«Schweizer Botschaft nach Jerusalem!» Historische Tatsachen verlangen nach einem Umdenken.

Seite 4

UMFRAGE

Wie der Wertewandel in der Gesellschaft für ein Engagement in der EDU motiviert hat.

Seite 7

KANTON ZÜRICH

- Wahlen: Dübendorf, Uster, Wädenswil, Bülach, Wetzikon
- Thomas Lamprecht: Mein erster Tag als Kantonsrat

KANTONALTEIL

Inhalt

- 5 Gesundheit hat ihren (hohen) Preis
- 6 Laute Töne um den Ruhestand
- 12 «Leben live» – auch in der Politik?
- 13 Beten und danken fürs Leben
- 15 Kurswechsel: vom Auftragskiller zum Pastor
- 16 Hintergrund: die Wirtschaft diktiert
- 18 Service
- 19 Schlusspunkt

Wort des Monats

«PASST EUCH NICHT DEN
 MASSSTÄBEN DIESER WELT
 AN. LASST EUCH VIELMEHR
 VON GOTT UMWANDELN!»

Römerbrief 12,2

www.schweizer-botschaft-nach-jerusalem.ch
edu-schweiz.ch

**Letzte
 Gelegenheit!**

Petition

zur Verlegung der Schweizer Botschaft
 von Tel Aviv nach Jerusalem

Petition an Bundesrat und Parlament

**Die Unterzeichneten fordern den Bundesrat und das Parlament auf,
 die Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen.**

Hinweis: Unterschreiben dürfen alle urteilsfähigen Personen ab 12 Jahren, gleich welcher Nationalität.

Nr.	Name Vorname	Strasse Nr.	PLZ Ort	Unterschrift	X
1					
2					
3					
4					
5					

X Ich unterzeichne nur die Petition und wünsche keine weiteren Informationen.

Die Petition bitte nur einmal (handschriftlich oder online) unterzeichnen.

Bitte die Bogen bis am 30. April 2018 zurücksenden an EDU Schweiz, Postfach, 3602 Thun
www.edu-schweiz.ch, Telefon 033 222 36 37, PC 30-616215-3

Diese Petition kann auch online unterzeichnet werden: schweizer-botschaft-nach-jerusalem.ch

Liebe Leserin, lieber Leser



70 Jahre Israel! Obwohl erst am 14. Mai gefeiert wird, geben wir dem Thema bereits jetzt Platz und befragen den israelischen Botschafter zu Geschichte, Gegenwart und Zukunftsperspektiven (ab Seite 8). 100 Jahre ist es her seit der Ordination der ersten Pfarrerinnen in der Schweiz, Rosa Gutknecht und Elise Pfister. Die Zürcher Landeskirche spielte hier eine Vorreiterrolle. 50 Jahre «1968»: Selbst wer damals dabei war, schaut nicht unbedingt zurück. Warum auch? Damalige Postulate – etwa «Kampf der Generationen», «Love, Peace and Happiness» oder «Befreit die Frauen» – sind längst in der Gesellschaft angekommen. Den «Marsch durch die Institutionen» hat der frühere Strassenkämpfer und deutsche Aussenminister Joschka Fischer vorgelebt. Bürgerliche Regierungen können den Kurs punktuell ändern, aber nicht das Steuer herumreissen. Die Linke feiert kein Jubiläum, sondern neue Erfolge. «Deutschland ist ein bürgerliches Land. Und doch dominiert in vielen Debatten eine linke Meinungsvorherrschaft eine dieses Schauspiel ertragende bürgerliche Mehrheit. 1968 haben linke Aktivisten und Denker den Marsch durch die Institutionen ausgerufen und sich schon bald Schlüsselpositionen in Kunst, Kultur, Medien und Politik gesichert. Sie wurden zu Meinungsverkündern, selbst ernannten Volkserziehern und lautstarken Sprachrohren einer linken Minderheit. Die 68er waren dabei immer eine Elitebewegung; eine Bürger-, Arbeiter- oder Volksbewegung waren sie nie», schreibt Alexander Dobrindt (CSU). Und fordert eine bürgerlich-konservative Wende. Dieses Umdenken ist auch der EDU ein Anliegen. Dabei stellt sie nicht nur ein Parteibuch, sondern auch die Aussagen Gottes ins Zentrum.

Thomas Feuz, Redaktionsleiter



Briefwechsel

Hoi Michel **Sälü Rösli**



Danke für deine Offenheit. Ein Tipp: Wenn du sparen willst, zweige sofort das Geld auf ein Sparkonto ab. Du fragst nach körperlicher Betätigung im Heim. Da stehen viele Aktivitäten zur Wahl, auch turnen. Meist sitzen sie im Kreis, bewegen mit einem Tuch oder Band die Arme und den Rumpf oder werfen einen weichen Ball. Die Selbstständigen gehen mit oder ohne Rollator spazieren. Manche werden im Rollstuhl spazieren gefahren. Das ist kaum Bewegung, aber frische Luft tanken, vielleicht mal Schnee sehen, kühlen Wind oder Regentropfen spüren tut gut. Das Pflegepersonal baut möglichst viel Bewegung in den Tagesablauf ein: Bewohner zu Fuss zur Toilette begleiten, zum Essen vom Rollstuhl auf einen Stuhl umsetzen. Bewegung beugt Komplikationen vor. Ich treibe keinen Sport, bin aber oft mit dem Velo oder zu Fuss unterwegs und nehme die Treppe statt den Lift. Und ich wandere gern, aber selten. Es ist gut, dass ich mich am Arbeitsplatz bewegen kann/muss. Du machst wohl viel Sport. Warst du Ski fahren, lieber allein «fitten» oder mit Kollegen joggen oder Velo fahren? Mit herzlichen Grüssen, Rösli

Ich finde es cool, dass auch im Heim dafür geschaut wird, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen ihrer Möglichkeiten bewegen können. Man sollte den Körper im Alter nicht total abhängen lassen, denke ich. Oft ist die Motivation oder sind die Möglichkeiten vielleicht nicht mehr so gut. Schön, gibt es da Personal, das aufmerksam ist und seinen Job gut macht.

Diesen Winter ging ich zum Beispiel nur zweimal Ski fahren, einmal mit einem Kollegen aus der Nachbarschaft, das andere Mal mit drei andern Kollegen – aber beide Male in Adelboden. Überraschend trafen wir beim zweiten Mal noch einen Kollegen aus der BMS auf der Skipiste. Joggen passt mir nicht so, schon nur wegen der Knie. Velo fahren finde ich eher langweilig, ausser wenn ich vielleicht mal mit dem Bike zum Bahnhof rase. Früher war ich dank dem Fussballspielen sportlicher. Heute mache ich Krafttraining zu Hause, aber zur Freude und nicht intensiv. So langsam kommt der Sommer. Freust Du Dich darauf? PS: Wie denkst Du eigentlich über die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem? Gruss, Michel



Schweizer Botschaft nach Jerusalem!

Die Petition der EDU zur Verlegung der Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem läuft seit gut zwei Monaten. Das Echo ist gross. Jedoch sind weitere Anstrengungen nötig. Machen Sie mit?



Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz

Nachdem die Online-Petition einen sehr guten Start hatte, ist nun der gedruckte Bogen mit eingegangenen Unterschriften massiv im Vorsprung. Bis Mitte März sind über 11 000 Unterschriften eingegangen. Das gesteckte Ziel – innert 3 Monaten 15 000 Unterschriften – kann erreicht werden.

Die Amerikaner machen ernst

Kürzlich hat US-Präsident Donald Trump angekündigt, dass die amerikanische Botschaft bereits am 14. Mai in Jerusalem eröffnet wird – am 70. Jahrestag der Staatsgründung von Israel. Diesbezüglich meinte der französische Präsident Emmanuel Macron, dass dies ein Fehler sei und der Nahostkonflikt dadurch für die Zukunft «zementiert» werde. Dies sagte er am jährlich stattfindenden Abendessen des CRIF, der jüdischen Dachorganisation Frankreichs. Die Frage des CRIF-Vorsitzenden, wann Frankreich Jerusalem als Hauptstadt von Israel anerkennen werde, beantwortete Macron in dem Sinne, dass dieser Tag kommen werde, «jedoch erst nach

den Friedensverhandlungen mit den Palästinensern». Verhandelt aber wird schon lange ...

Es braucht ein Signal

Wann wird die Schweiz Jerusalem als Hauptstadt anerkennen? Das hängt auch davon ab, wie gross die Unterstützung für dieses Anliegen ist. Es braucht klare Aussagen und politischen Druck innerhalb der demokratischen Möglichkeiten.

Trotz dem bisherigen Erfolg: Wir benötigen Ihre Unterstützung weiterhin. **Helfen Sie mit, indem Sie unterschreiben und weitere Unterschriften sammeln!** Unterschriftenbogen erhalten Sie im Zentralsekretariat Thun. Kontakt: 033 222 36 37, info@edu-schweiz.ch. Oder: Sie unterschreiben direkt auf www.schweizer-botschaft-nach-jerusalem.ch und mailen diesen Link mit einer Empfehlung an Ihr Adressverzeichnis. Vielen Dank! •

➔ www.schweizer-botschaft-nach-jerusalem.ch

Gesundheit hat ihren (hohen) Preis

Gemäss Bundesamt für Statistik betrug die Lebenserwartung im Jahr 2015 durchschnittlich 83 Jahre. Nur die Japaner haben eine höhere Lebenserwartung. Ältere Menschen leben heute gesünder. Trotzdem steigen die Gesundheitskosten.



Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

Die Zahlen zeigen, dass längst nicht nur die ältere Generation die Gesundheitskosten hochtreibt, sondern gerade auch erwerbstätige Personen. Stress, Burnout, Übermüdung wie auch persönliche, familiäre oder suchtbedingte Situationen führen immer häufiger zum Gang in die Arztpraxis und zur Arbeitsniederlegung.

Zu schnell ein Arzteugnis

Es ist bekannt, dass immer wieder Personen zu schnell als arbeitsunfähig erklärt werden, gerade Personen in einem Teilpensum. Bei allem Verständnis für Probleme und Krisen sind zu schnell ausgestellte Arzteugnisse aber meist eher schädlich. Bei psychischen, sozialen, familiären Belastungen und Beziehungsschwierigkeiten führt das Fehlen einer Tagesstruktur nicht zur Besserung. Vielmehr können sich betroffene Personen noch weniger auffangen und verlieren zunehmend den Boden unter den Füßen.

Die Krankheitskosten haben sich seit der Einführung des KVG im Jahr 1996 bis 2015 rund verdoppelt. Dabei stiegen die Kosten für Rehabilitationen am stärksten. Allein für ambulante Kurativbehandlungen wurden 2015 über 20 Milliarden Franken ausgegeben, Arbeitsausfälle und Leistungen der Arbeitgeber noch nicht eingerechnet.

Mehr Lebensqualität dank Bonussystem?

Der Gedanke, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die weniger oder keine Gesundheitskosten beanspruchen, mit einem Bonussystem belohnt werden sollten, liegt nahe. Denn: Mit einem gesunden Lebensverhalten können Kosten eingespart werden.

Wenn die Kosten für eine Ausnüchterung, für die Heroinabgabe oder Geschlechtsumwandlungen in der Grundversicherung bezahlt werden, hätten im Gegenzug Personen, die nicht rauchen, keine Drogen konsumieren oder oh-

ne übermässigen Alkoholkonsum leben, eine Ermässigung der Kosten zugute.

In der Schweiz wohnhafte Frauen und Männer werden nicht nur älter, sondern bleiben in der Regel auch länger gesund. Dennoch wird bei älteren Menschen vor medizinischen Eingriffen immer wieder die Frage der «Rentabilität» gestellt.

«Mehr Wettbewerb» sieht anders aus

2016 wünschten 66 % der stimmberechtigten Bevölkerung ein marktorientiertes Gesundheitswesen. Marktorientiert heisst letztlich, dass man selber entscheiden kann, was man versichern und was man ausschliessen möchte. Unser KVG jedoch führte zu einem «Selbstbedienungsladen», was Fachleute immer wieder bestätigen.

Auch in der EDU wird die Kostenentwicklung genau beobachtet. Die Gesundheitspolitik geht in eine falsche Richtung. Eine Kursänderung ist dringend nötig. Die kommende Generation übernimmt ein marodes Gesundheitssystem und wird bezahlen müssen, was hier und jetzt aus dem Ruder läuft.

Die Delegiertenversammlung der EDU Schweiz hat kürzlich Schritte für eine Reform beschlossen. Inwieweit sich dieser Beschluss in ein aktives, lösungsorientiertes Mitarbeiten umsetzen lässt, wird sich zeigen. •



Laute Töne um den Ruhestand

Bundesrat Berset hat kürzlich seine Vorschläge zur AHV-Reform präsentiert und dabei unter anderem eine zweckgebundene MwSt-Erhöhung von rund 2 Prozent in Aussicht gestellt. Natürlich hagelte es Kritik. Zu Recht?



alt Nationalrat Markus Wäfli

Die Schweiz hat grundsätzlich ein gutes Altersvorsorgesystem. Letzten September hat das Schweizervolk an der Urne die Vorlagen der Reform 2020 der Altersvorsorge an der Urne abgelehnt. Das Parlament hat dieses Fiasko mit unvernünftigen Forderungen selber vorgespürt. Damit ist aber das akute Problem der AHV nicht gelöst. Weil diese im sogenannten Umlageverfahren finanziert wird – das heisst, die heutigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanzieren direkt die aktuellen AHV-Renten – wirken sich die Anzahl der aktiven AHV-Einzahler, die Entwicklung der AHV-pflichtigen Lohnsumme, das AHV-Referenzalter, heute 64/65 Jahre, und die Geburtenziffer sowie die Lebenserwartung direkt auf die AHV-Rechnung aus.

«Damoklesschwert» Bevölkerungsentwicklung

Im Blick auf die nötige AHV-Reform müssen wir Folgendes zur Kenntnis nehmen:

- Seit Beginn der 1970er-Jahre hat die Schweiz eine Geburtenziffer von nur ca. 1,5. Für den Erhalt der Bevölkerungszahl wäre eine solche von mindestens 2 nötig. Die Schweiz hat seit Jahrzehnten ein beachtliches Geburtendefizit. Dieses wird mit Einwanderung kompensiert.
- Antibabypille, Abtreibung und eine zunehmend egoistischere Einstellung der Bevölkerung zu Familie und Kindern begünstigen diese negative Bevölkerungs-Entwicklung. Die niedergelassenen Ausländer haben eine höhere Geburtenziffer von ca. 1,8. Kombiniert mit der ständigen Masseneinwanderung sollten wir darüber nachdenken, dass wir in absehbarer Zukunft im eigenen Land in der Minderheit sein werden.
- 1948 konnten sich neue AHV-Rentenberechtigte auf 12 bis 14 Rentnerjahre freuen, 2015 waren es infolge höherer Lebenserwartung 20 bis 22 Rentnerjahre. Dies entspricht einem «Ausbau» der AHV um rund 50 % und einer Renten-Kostensteigerung im gleichen Ausmass.
- Wenn sich das Wachstum von Wirtschaft und Lohnsumme eines Tages verlangsamt oder negativ entwickelt und damit die Lohnbeiträge



Der «wohlverdiente Ruhestand» beträgt heute rund 20 Jahre, Mitte des letzten Jahrhunderts erst 12 Jahre.

sinken, bleiben die Rentenausgaben aber in gleicher Höhe bestehen. Das Defizit ist vorprogrammiert. Auch die Steuereinnahmen werden in einer solchen Wirtschaftsstagnation zurückgehen.

Längst fällige Korrekturen

Was bedeutet dies für die notwendige 11. AHV-Reform? Das Parlament muss sich den Tatsachen stellen und die unvermeidlichen Korrekturen vornehmen. Das heisst:

- Die Anhebung des Referenzrentenalters auf 67 Jahre darf kein Tabu sein. Dies kombiniert mit einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ab etwa Alter 55 für reduzierte Arbeitspensen bei gleichzeitiger Möglichkeit der fakultativen eigenverantwortlichen Einzahlung von 100-Prozent-Beiträgen bei AHV und BVG. Ebenso ist das Rentenalter bei der AHV grundsätzlich zu flexibilisieren, mit fakultativem

- AHV-Bezug ab z.B. Alter 63 bis 70 mit eigenverantwortlicher proportionaler Rentenanpassung.
- Auf der Einnahmenseite müssen mit einer akzeptierbaren Opfer-Symmetrie durch Erhöhung der Lohn-AHV-Abzüge und einer zweckbestimmten massvollen Erhöhung der Mehrwertsteuer mehr Erträge generiert werden.
 - Zu prüfen wäre zudem ein Ersatz von Klimarappen und CO₂-Steuer durch einen Lenkungsabgabezuschlag auf dem Treib- und Brennstoffzoll, der zumindest teilweise zweckgebunden der AHV zugewiesen würde.
 - Die Bevölkerungsentwicklung verlangt eine Überprüfung der Umlagefinanzierung. Die tiefe Geburtenziffer und die zunehmende Zahl von Paaren ohne Kinder, die aber später gleichwohl die volle AHV-Rente dank der Beiträge der Kinder anderer Leute beziehen wollen, führt dazu, dass der Generationenvertrag für die Umlagefinanzierung nicht mehr eingehalten wird. Hier muss eine Kompensation erfolgen, z.B. via reduzierte AHV-Renten oder

höhere AHV-Beiträge für kinderlose Paare, oder andere Massnahmen.

- Wenn für Ehepaare bisher eine 150-%-Rente reicht, ist dies auch für Konkubinats- und gleichgeschlechtliche Paare, die im gleichen Haushalt zusammenleben, möglich. Mit einer Paarrente für alle in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Paare würde die AHV entlastet. Leider beharren SP und Gewerkschaften an der überrissenen Forderung einer zivilstandsunabhängigen Vollrente pro Person – egal, wie diese Forderung finanziert werden soll.
- Nicht zuletzt müssen Regierung, Parlament und Volk die unbequeme Frage beantworten, ob allenfalls der Anspruch der Weiterführung des gewohnten Lebensstils nach der Pensionierung angesichts der Finanzierungsprobleme nicht hinterfragt werden müsste. Man würde wohl feststellen, dass eine massvolle Reduktion der Wohlstandsansprüche zumutbar wäre und möglicherweise zu einer besseren, weil bewussteren Lebensqualität führen könnte. •

«... weil die EDU auch die geistliche Bedeutung erkennt»

Weshalb sind Sie bei der EDU?



«2008 kehrte ich nach einem 15-jährigen Aufenthalt in Albanien in die Schweiz zurück. Der rapide Wertewandel, der hier inzwischen stattfand, erstaunte mich sehr. Bis dahin hatte mich die Politik nicht stark interessiert. Die vergangenen 15 Jahre jedoch, in denen ich die Auswirkungen einer ehemals moslemischen, dann kommunistischen Diktatur erlebte, haben mich geprägt. Und motivieren mich jetzt, unser einzigartiges Recht der politischen Mitgestaltung in der Schweiz zu nutzen.

Doch nun: welche Partei? Eine grosse Partei, die viel bewirken kann? Mit den Werten welcher Partei kann ich mich identifizieren? Zu jener Zeit war die Minarett-Initiative aktuell. Bei der entsprechenden Diskussion überzeugte mich die EDU: Sie erkannte als einzige Partei,

dass es sich bei einem Minarett oder einer Moschee nicht nur um Gebäude oder Religionspraktiken handelt, sondern dass es im Kern um deren geistliche Bedeutung geht. So, wie auch die Schweiz nur aus einem geistigen Hintergrund her verstanden werden kann, war es für mich klar, dass die EDU die richtige Partei für mich ist. Für mich gilt: Lieber mit einem «David» kämpfen, der im Namen Gottes dasteht, als bei einer (grossen) Partei dabei sein, die sich von machtpolitischem Kalkül leiten lässt.»

Brigitte Weber (57)

ledig, 2 Pflegekinder in Albanien; selbständig (Wohnbegleitung/Hauswirtschaft), Mitglied der EDU Baden; Neuenhof AG



An der Wunschdestination tätig: Jacob Keidar, Botschafter des Staates Israels in der Schweiz und für das Fürstentum Liechtenstein.

«Historische Fakten sprechen eine deutliche Sprache»

Er ist ein Menschenfreund und Befürworter eines umfassenden Friedens unter Garantien für alle Beteiligten. Und entdeckt immer mehr Gemeinsamkeiten zwischen Israel und der Schweiz. Die Redaktion im Gespräch mit S. E. Botschafter Jacob Keidar.

Thomas Feuz

Herr Botschafter Keidar, wie gefällt es Ihnen in der Schweiz?

Ich bin seit etwas mehr als eineinhalb Jahren Botschafter Israels in der Schweiz. Es war mein Wunsch, hierher versetzt zu werden. Die Schweiz ist ein wunderschönes Land mit zahlreichen Facetten. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind vielfältig, etwa in den Bereichen Wirtschaft, Ausbildung und Technologie.

Ich schätze das vielfältige kulturelle Angebot. Es gibt hier eine grosse und lebendige jüdische Gemeinde mit einem grossartigen Veranstaltungsangebot.

Frühere Stationen Ihres Wirkens waren Afrika, China und Japan. Was macht für Sie den Reiz der Schweiz aus?

Ich reise sehr viel und bin praktisch jeden Tag unterwegs. Es ist schön, diese Vielfalt auf so engem Raum zu entdecken und dabei immer wie-

der das Verbindende festzustellen. Israel ist sehr vielfältig, was Religionen, Sprachen und Kulturen angeht und hat damit viele Ähnlichkeiten mit der Schweiz. Ich habe bisher praktisch nur freundliche Menschen kennengelernt. Wir haben viele Freunde hier.

Übrigens weist eine Studie auf den «geheimen» Erfolgsfaktor der Wirtschaftsnationen Singapur, Schweiz und Israel hin: Sie kennen unter anderem eine militärische Dienstpflicht. Das wirkt sich offenbar positiv auf den Zusammenhalt der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Output aus.

Sie sprachen von Freunden Israels. Was kennzeichnet solche Menschen?

Die Basis einer solchen Haltung ist in erster Linie ein Interesse am Land und seinem Volk. Und auch ein Verständnis für die Herausforderungen Israels und das Grundwesen der israelischen Nation. Für mich ist wichtig: Es gibt auch

unter den Kritikern viele Freunde Israels. Wichtig ist, dass wir das eigentliche Anliegen in kritischen Voten heraushören. Es gibt viele Ansichten darüber, wie der Staat sich entwickeln soll und Gesetze formuliert werden sollen. Zu den Freunden Israels zähle ich die Menschen, die für das Land beten. Und all jene, die zum Beispiel via Leserbrief Stellung zu den aktuellen Herausforderungen nehmen.

«ES GIBT VIELE ANSICHTEN DARÜBER, WIE DER STAAT SICH ENTWICKELN SOLL UND GESETZE FORMULIERT WERDEN SOLLEN.»

Warum sind die Israeli stolz auf ihr Land?

Dieser Eindruck trifft zu. Unser Land hat sich in nur 70 Jahren zu dem entwickelt, was es heute ist. Ich kenne kein anderes Land, das in den vielfältigsten Bereichen ähnlich erfolgreich ist wie Israel. Und dies, ich möchte es deutlich betonen, trotz all der vielen Probleme, mit der sich der einzelne Bürger täglich konfrontiert sieht.

Frühere Bewunderer wenden sich zunehmend von Israel ab. Warum?

Die Kibbuzbewegung hat Israel geprägt, die sozialistische Bewegung ist heute noch stark. Die entscheidenden Köpfe, wenn nicht gar unser ganzes Establishment, war politisch eher links orientiert.

Der Grund für das von Ihnen geschilderte Phänomen ist vor allem in der Politik zu suchen. Ich stelle fest, dass viele Menschen die Palästinafrage schwarz-weiss betrachten. Viele kennen



die Fakten zu wenig. Wer sich jedoch mit den Fakten beschäftigt und Israel besucht, wird bald feststellen, dass die Dinge nicht schwarz oder weiss sind, und sich eine eigene Meinung bilden können.

Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten. Nirgends sonst in der Region muss sich ein Regierungschef Korruptionsvorwürfen stellen...

Bei der Staatsgründung – also kurz nach den Schrecken des Holocaust – gab es verschiedene Möglichkeiten. Unsere Gründerväter beschlossen, eine Demokratie zu gründen. Das ist nicht selbstverständlich und bis heute eine einzigartige Form der Regierungsführung im Mittleren Osten. Wir arbeiten hart daran, dieses System beizubehalten. In einer Demokratie steht niemand über dem Gesetz – auch nicht ein israelischer Ministerpräsident oder Angehörige des Militärs. Die moralische Komponente ist äusserst wichtig. Human zu sein ist eine Herausforderung, im Grossen wie im Kleinen. Dass es immer wieder gelingt – auch darauf sind wir stolz.

Vor welchen Herausforderungen steht Israel aktuell?

Die grösste Herausforderung ist die Sicherheit – nach wie vor. Während der vergangenen 70 Jahre hat sich die Sicherheitslage dauernd geändert. Mal wurde Israel von einzelnen Staaten angegriffen, dann hagelte es Raketen aus dem Libanon und aktuell stehen wir verschiedenen bewaffneten Fronten gegenüber – Terroristen im Libanon (Hisbollah), in Syrien (Dschihad), in Gaza und im Sinai (Hamas, Muslimbrüder). Vor elf Jahren war die israelische Nordgrenze stark bedroht. Im Unterschied zum 2. Libanonkrieg sind heute im Südlibanon zehnmal so viele Raketen wie damals stationiert.

Zur Person

Jacob Keidar, 62, Botschafter des Staates Israel in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein; MA-Abschluss in Internationalen Beziehungen; verheiratet, 3 erwachsene Kinder

«DIE JÜDISCHE GESCHICHTE UMFASST 3000 JAHRE, IN DENEN DIE REGION IMMER VON JUDEN BEWOHNT WAR.»

Eine grosse Gefahr geht vom Iran aus. Iran ist im Irak, in Syrien, im Jemen präsent. Iran will zu einer Grossmacht werden und unterstützt terroristische Organisationen. Aktuell laufen Programme zur Entwicklung von Langstreckenraketen (was längst nicht nur für Israel eine Bedrohung darstellt!) und wir befürchten, dass der Iran bis in etwa zehn Jahren nukleare Waffen einsetzen könnte.

Eine andere Art von Herausforderung ist die soziale Struktur des Landes. Israel besteht aus den verschiedensten Bevölkerungsgruppen – Juden, Arabern (rund 20 Prozent der Bevölkerung), Drusen und vielen kleinen Minderheiten; die israelisch-jüdische Bevölkerung aus säkularen, religiösen und ultrareligiösen Menschen aus den verschiedensten Erdteilen. Das Land zusammenzuhalten und gemeinsam erfolgreich zu bleiben ist eine enorme Herausforderung. Viele denken, wir hätten ein Wasserproblem. Das trifft so nicht zu. Wir entwickelten neue Systeme zur Wassergewinnung – Systeme zum «Einfangen» von Tautropfen etwa. 40 % unseres Wassers stammt aus Entsalzung und wir gewinnen Wasser aus Abwasser.

Der Mainstream bezeichnet Israel als «Besatzungsmacht». Ist dies aus historischer und realpolitischer Sicht gerechtfertigt?

Zuerst möchte ich eines klarstellen: Israel hat kein Interesse daran, die Palästinenser zu regieren. Sie sollen das alleine tun. Wir laden sie dazu ein, mit uns in Beziehung zu treten, und wollen eine Lösung finden. Wie diese auch immer aussehen wird, eines sollte klar sein: Die Sicherheit Israels muss gewährleistet bleiben. Wir wollen nicht, dass die Westbank zu einem zweiten Gazastreifen wird.

Wenn Sie den Begriff Besatzung ansprechen, möchte ich die Gelegenheit nutzen und auf den historisch-politischen Kontext hinweisen: Es hat nie einen palästinensischen Staat gegeben. Jordanien hat dieses Gebiet kontrolliert, Grossbritannien und Pakistan waren involviert, der Ga-

zastreifen stand unter ägyptischer Herrschaft. Dann kam es 1967 zum 6-Tage-Krieg. Wir wurden von verschiedenen arabischen Staaten angegriffen. Ein Land hat gemäss internationalen Vereinbarungen das Recht, sich zu verteidigen. Das haben wir getan und gewannen den Krieg. Schon lange vor 1948 lebten Juden in Jerusalem und Teilen der Westbank. Und die jüdische Geschichte umfasst 3000 Jahre, in denen die Region immer von Juden bewohnt war. Im 19. Jahrhundert bildeten die Juden teils sogar die Mehrheit der Bevölkerung Jerusalems.

Inwieweit könnten westliche Staaten von den Erfahrungen Israels profitieren?

Das ist sicher in verschiedenen Bereichen möglich, nicht nur im Bereich Sicherheit. Ich denke etwa an die Innovationskraft Israels. Unternehmen scheuen das Risiko nicht und auch nicht den Misserfolg. Die Quote an Startups ist sehr hoch. Hier könnte Israel sehr viel Know-how teilen. Es gibt viele Staaten, die mit Israel kooperieren. Die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich kommt aus naheliegenden Gründen meist wenig ins öffentliche Bewusstsein.

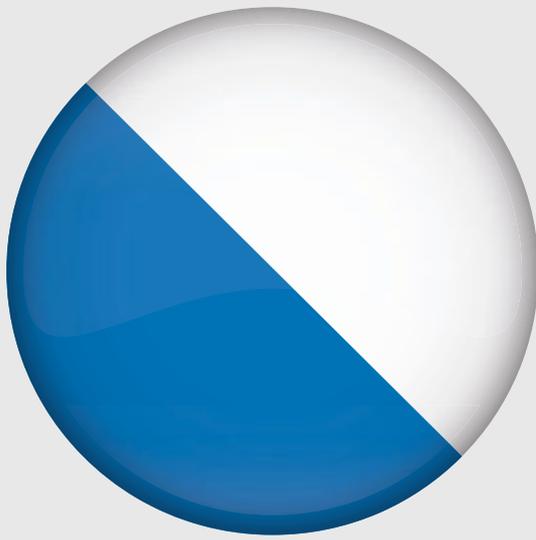
«Ohne Palästinenser kein Friede», ist US-Präsident Donald Trump überzeugt. Wie realistisch ist die Hoffnung auf Frieden?

Wir erlebten in der jüngeren Vergangenheit diverse Friedenspläne von verschiedenen US-Präsidenten. Sie waren sehr hilfreich, auch im Kontakt mit der palästinensischen Seite. Doch bis jetzt führte keine «Road Map» zu nachhaltigem Frieden. Darum setzen wir grosse Hoffnungen in Präsident Trump und erwarten, dass er seine Absichten bald öffentlich macht. Israel lebt mit Ägypten und Jordanien in Frieden und unterhält gute Beziehungen zu anderen islamischen Staa-

EDU-Petition: Schweizer Botschaft nach Jerusalem!

Mit einer Petition verlangt die EDU die Verlegung der Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Das Bittschreiben kann **bis Ende April** von Personen ab 12 Jahren unterzeichnet werden.

(Petitionsbogen: 033 222 36 37, info@edu-schweiz.ch, Online-Petition: www.schweizer-botschaft-nach-jerusalem.ch)



KANTON ZÜRICH



Werte Freunde der EDU

Simon Jucker

Präsident EDU Zürcher Unterland, Neerach



Wenn wir auf die momentane Politik der Welt, Europas und auch der Schweiz schauen, scheint es bezüglich dem moralischen und gesellschaftlichen Zerfall nur einen Weg zu geben. Den nach unten. Die Geschichte lehrt, dass jedes grosse Reich, egal ob Griechen, Römer, Osmanen oder Byzantiner seinen eigenen Untergang einleitete. Wie steht es um das europäische Reich? Auch wenn wir nicht zur EU gehören, liegt unser schönes Land trotzdem im Herzen Europas. Ein Niedergang der EU trifft auch uns schmerzlich. Die Bibel zeigt uns die Entwicklungen des Zerfalls noch aus einer anderen Perspektive: Die Reiche der Welt gehen und Gottes Reich kommt. So heisst es beispielsweise beim Propheten Daniel (Kapitel 2), dass die menschlichen Reiche zerfallen, das Reich Gottes aber wächst und die ganze Erde erfüllt.

Wie wächst Gottes Reich? Mit dem, was Sie und ich in dieser Welt an Gutem tun, bauen wir an Gottes Reich. Indem wir in unserem persönlichen Umfeld zu mehr «Gerechtigkeit, Friede und Freude im Heiligen Geist» (Röm 14,17) beitragen,

investieren wir in das kommende Reich. So wird auch unser christliches Engagement für die vergangene Politik zu etwas, das ewig bleibt, zu einem Schatz im Himmel, zu einem edlen Baustein des neuen Jerusalems.

Diese Perspektive macht mir Mut. Ich fühle mich in der EDU am richtigen Platz und auf dem richtigen Weg. Schreiten Sie mit uns durch die kommenden Herausforderungen. Unterstützen Sie uns, damit durch unser Tun Gott in der Politik geehrt wird. Ganz im Sinne von:

**«SO SOLL EUER LICHT
LEUCHTEN VOR DEN
LEUTEN, DASS SIE EURE
GUTEN WERKE SEHEN
UND EUREN VATER IM
HIMMEL PREISEN»** (Mt 5,16)

Vielen Dank an dieser Stelle für alle Ihre Gebete, Geldspenden und Ihre Mitarbeit. Gott segne Sie. •

Wahlen in Zürich und Dietikon



Wählerzuwachs durch höhere Wahlbeteiligung zunichte gemacht

Emanuel Maag

Präsident EDU Stadt Zürich

Die Wahlen in der Stadt Zürich waren in vielerlei Hinsicht bewegend. Bei den Vorbereitungen merkten wir, dass viele Personen, die bei vergangenen Wahlen auf unseren Listen waren, dieses Mal nicht aktiv mitmachen wollten. Zugleich konnten wir jedoch neue, junge Mitstreiter gewinnen, die aktiv in der EDU und in kommenden Wahlen mitwirken werden.

Insgesamt waren diese Wahlen eine Niederlage für die bürgerliche Seite und damit auch für uns. Die Anzahl Wähler für die EDU Stadt Zürich stieg zwar im Vergleich zur letzten Wahl um 2 Prozent. Die hohe Wahlbeteiligung macht diesen Fortschritt aber zunichte und führte sogar zu einem geringeren Wähleranteil. Er ging für uns gesamtstädtisch von 0,51 auf 0,48 Prozent zurück.

Positive Wählerreaktionen

In der Stadt sah man überall F4-Plakate der EDU, und auch mit einem Stand waren wir mehrmals präsent. Thomas Ucar, den wir als Stadtratskandidaten aufgestellt hatten, konnte durch einige Interviews die EDU bekannter machen, was zu positiven Reaktionen führte.

Auf die Wahl hin haben wir auch eine eigene Webseite erstellt, was essentiell für eine Partei in dieser Zeit und vor allem in Zürich ist. Auch ein Video mit Wahlanleitung haben wir produziert und verbreitet. Für uns gilt nun aber das Sprichwort «nach der Wahl ist vor der Wahl».

Wir sehen den Kantonsratswahlen im kommenden Jahr zuversichtlich entgegen und denken weiterhin gross. Die EDU Stadt Zürich bedankt sich bei dieser Gelegenheit bei allen Wählerinnen und Wählern, Spendern und Mitarbeitern und ermutigt zu Standhaftigkeit. •



Wahlkampf im Altersheim und auf dem Kirchplatz

Hans Peter Häring

Präsident EDU Bezirk Dietikon

In Dietikon konnten wir die Anzahl der Kandidaten mehr als verdoppeln und keine Partei wies eine bessere Frauenquote als die EDU aus, nämlich 5 : 2. Die Kandidaten und unsere Visionen konnten wir in einer Wahlausgabe des «Dietiker», ein Gratisjournal, zu günstigen Bedingungen vorstellen. Überraschenderweise bot uns das Alters- und Pflegezentrum die Möglichkeit, einen Nachmittag zu gestalten. Markus Wäfler stellte die EDU vor und Hermann Baur aus Winterthur erfreute die Herzen der Besucher mit seinen Liedern, die er auf dem Akkordeon begleitete. Danach sassen wir bei Kaffee und Kuchen mit den Besuchern zusammen.

An drei Samstagen und einem Mittwoch waren wir auch auf dem Kirchplatz mit unserem Plakat und verteilten Flyer unseres Spitzenkandidaten Walter Schmid mit dem Aufdruck «Mit Jesus in eine sichere Zukunft». Diese Aussage bejahten viele Passanten. Es gab dann auch erfreuliche Gespräche. Ein junger Mann erzählte voller Freude, er habe sich vor zwei Jahren bekehrt und fände es toll, dass es eine EDU gibt, welche so für Gottes Wort einstehe. Einen Stadtzürcher, der für seine Gemeinde christliche Kalender verteilte, motivierte ich, in der Stadt die EDU-Liste einzulegen.

Auch wenn es noch nicht für ein Mandat gereicht hat, haben wir uns doch von 0,7 auf 0,9 Prozent Wähleranteil gesteigert. •



Wahlen
15.4.

Dübendorf, Uster, Wädenswil, Bülach

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

**FÜR SIE WIEDER
IN DEN GEMEINDERAT**

Markus Brechbühl | bisher
Dr. sc. phil., Leiter der ETH
Verkehrstechnik

Die schlechteste Einführung der Gender-Ideologie, steigende Scheidungsraten, Abtreibungsmorde sind eindeutige Zeichen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Die von Gott gegebene Grundlage der Gesellschaft – die Familie – ist gefährdet. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Familie der starke Kern unserer Gesellschaft bleibt. Aus diesem Grund soll die finanzielle Begünstigung gestrichelt werden. Zudem will ich ein Schulsystem überdacht mit einem bescheidenen Sozialsystem.

UNSER LAND – UNSRE WERTE

LISTE 8

Leben schützen
Die EDU engagiert sich für den Schutz des Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod. Darin sind wir gegen Abtreibung, Suizidhilfe und Menschenhandel. Zudem setzen wir uns für die Unabhängigkeit der Schweiz ein, lehnen einen Beitritt zur EU ab und stehen zu Israel.

Stärke überwinden
Die schlechteste Integration, Parallelgesellschaft, Ehrverlore und Korruption sind mögliche Folgen. Das untergräbt den Rechtsstaat und gefährdet unsere Sicherheit. Darum lehnt die EDU die soziale Anerkennung des...

www.edu.ch | 0810 Uster | duabredorf@edu.ch | www.edu.ch/SektionDuebendorf

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union



silfoiera.ch

**Silvio Foiera
in den Stadtrat**

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union



**9
Liste**

**Bruno Zürcher
wieder in den Gemeinderat**

Für das Leben, für die Familie, für christliche Werte

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union



**Conny Brizza
wieder in den Gemeinderat**

**Damit wir
auf Bülach stolz
sein können**

Liste 8

Wahlen
22.4.

Wetzikon

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Liste 8

In den Gemeinderat



Urs Gerber
bisher

Marianne Zwahlen
neu

Roger Cadonau
bisher



Mehr Demokratie bei Wahl- und Abstimmungskämpfen?

Vertreter von SP, CVP und BDP wollten die Gemeinden in die Pflicht nehmen. Diese sollten allen Parteien die Möglichkeit geben, bei Wahlen oder Abstimmungen ihre Plakate auf öffentlichem Grund aufzustellen.



Erich Vontobel

EDU-Fraktionspräsident, Bubikon

Das Anliegen tönt aufs erste sinnvoll und nach einem Schutz für kleine Parteien. Es ist heute leider so, dass sich einzelne Gemeinden überhaupt nicht demokratiefreundlich verhalten und schon fast willkürlich Bewilligungen erteilen oder eben nicht. Gratis oder gar gegen eine Gebühr. Diesen selbstherrlichen Amtsschimmel müsste in der Tat so schnell wie möglich das Handwerk gelegt werden. Wenn sich Leute für das Gemeinwesen engagieren wollen, sollten sie nicht mit Schikanen abgestraft werden.

Fortschritt für die Linke

In der Praxis hätte die Umsetzung dieses Anliegens dann wahrscheinlich so ausgesehen, dass die Gemeinden an einigen wenigen Orten das Plakatieren auf öffentlichem Grund für alle erlaubt hätten. Das wäre für die linken Parteien auf dem Land sicher ein Fortschritt gewesen, da sie dort in der Regel kaum präsent sind. Denn wenige von ihren Parteigenossen besitzen Wiesen und Äcker, die sie für das Plakatieren auf privatem Grund zur Verfügung stellen könnten. Die EDU hat diese Probleme auf dem Land nicht. Wir haben sehr gute private Standorte, weil uns Grundeigentümer immer wieder grosszügig Plakatplätze zur Verfügung stellen. An dieser Stelle Ihnen allen, die uns so unterstützen, ein herzliches Dankeschön!

Absehbare Negativfolgen

Mehr Demokratie ist schon gut, aber was würde mittel- bis langfristig passieren, wenn man die Gemeinden - wie vorgängig beschrieben - zwingen würde, Plakatierungsmöglichkeiten auf öffentlichem Raum bereitzustellen? Die EDU befürchtet, dass die Gemeinden eines Tages als Gegenzug das Plakatieren nur noch auf diesen wenigen Standorten erlauben würden - mit irgendwelchen Begründungen. Dass diese Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, haben uns massgebende Leute bestätigt. Und man stelle sich vor, wie das wäre, wenn unzählige Plakate auf ein paar wenigen kleinen Standorten stünden. Der Werbeeffekt wäre gleich Null.

Die EDU, das Zünglein an der Waage

Vor diesem Hintergrund haben wir das Vorhaben der linken Parteien abgelehnt. Es waren genau die 5 Stimmen der EDU, welche die Vorlage am 26. Februar mit 82 zu 85 Stimmen scheitern liessen. •



Einladung zum Fraktions-Znüni

Treffen Sie die EDU Kantonsräte montags ab 9:50 bis 10:20 Uhr im «Zunfthaus zur Haue». Anschliessend besteht die Möglichkeit, Einblick in den Ratsbetrieb zu erhalten. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontaktieren Sie den EDU-Fraktionspräsidenten Erich Vontobel: 079 459 90 61 evontobel@bluewin.ch



Trinkwasserversorgung – Unwahrheiten schüren Ängste



Die Sicherheit in der Trinkwasserversorgung wird durch das neue Gesetz besser.

SP und Grüne versuchen mit falschen Aussagen das neue bürgerfreundliche Wassergesetz zu bodigen und schüren gezielt Ängste in der Bevölkerung. Das neue Wassergesetz beabsichtigt jedoch genau das Gegenteil von Privatisierung.



Michael Welz

Landwirt und alt Kantonsrat EDU, Oberembrach

Linke Parteien wie die SP bringen nachfolgende Unwahrheiten in den Umlauf: «FDP und SVP haben zusammen mit der GLP und der CVP die Privatisierung des Trinkwassers im Kanton Zürich beschlossen. Wir wollen unser Trinkwasser nicht bei Nestlé kaufen müssen.»

Ins selbe Horn blasen auch die Landzeitungen und der Tagesanzeiger mit grossen Titeln.

Privatisierung bisher und neu

Aufgrund der geltenden Wassergesetzgebung kann heute jede Wasserversorgung privatisiert werden. Mit dem neuen Gesetz hingegen wird die Privatisierung deutlich erschwert. Die Gemeinden müssen nämlich neu die Mehrheit des Kapitals und 2/3 der Stimmen besitzen. Es stellt sich die Frage, ob es aufgrund der bisherigen gesetzlichen Möglichkeit in den letzten Jahren bei der Wasserversorgung zu Privatisierungen ge-

kommen ist. Diese Frage kann klar mit nein beantwortet werden. Es gab keine Privatisierungen der öffentlichen Trinkwasserversorgungen, obschon die Möglichkeit dazu bestand. Es gibt aber eine ganze Anzahl von altrechtlich privaten Wasserversorgungs-Genossenschaften, welche die Trinkwasserversorgung in den Gemeinden hervorragend sicherstellen. So ist in Embrach zum Beispiel eine Genossenschaft für die Trink- und Löschwasserversorgung im Gemeindegebiet zuständig. Jede mündige Person mit Wohn- oder Geschäftssitz in Embrach, kann die Mitgliedschaft erwerben. Der Reingewinn fliesst nicht an die Mitglieder, sondern in das Genossenschaftsvermögen. Seit Jahrzehnten profitieren die Einwohner von den weitherum günstigsten Wassergebühren. Bei diesen Genossenschaften beabsichtigt das neue Wassergesetz ein wesentlich höheres Mitbestimmungsrecht durch die Gemeinden. Daher verurteilt die EDU die falschen Aussagen der Linksparteien scharf, welche beabsichtigen in der Bevölkerung Ängste zu schüren. •

Umgänglich, sachlich, engagiert



Bis zum letzten Moment voll dabei

Die Kantonsratspräsidentin verabschiedete Michael Welz mit folgender wertschätzender Ansprache:



Karin Egli-Zimmermann
Kantonsratspräsidentin 2017/2018

Wir verabschieden heute unseren Ratskollegen Michael Welz. Er wurde 2007 als Vertreter der EDU in den Kantonsrat gewählt und bestritt 2011 und 2015 erfolgreich seine Wiederwahl. Der Landwirt aus Oberembrach setzte sich berufsgemäss für landwirtschaftliche Themen ein und brachte in einer Vielzahl von Vorstössen die traditionellen gesellschaftspolitischen Anliegen der EDU zum Ausdruck. Auch Verkehrsthemen trieben den Oberembracher um: von der Sanierung der Eigentalstrasse bis zum Ausbau des Na-

tionalstrassennetzes. Mit seiner umgänglichen Art fand er für viele Sachthemen in verschiedenen politischen Lagern Verbündete. In der laufenden Legislatur arbeitete Michael Welz in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt mit. Zuvor war er langjähriges Mitglied der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit. Gut vorbereitet und darauf bedacht, sachlich zu argumentieren, brachte er sich mit wohlüberlegten Voten in die Diskussion ein. Nach elf Jahren im Rat verlässt uns Michael Welz. Wir danken ihm für sein Engagement in unserem Parlament und wünschen ihm beruflich und privat alles Gute. •





Mein erster Tag als Kantonsrat

Schreinermeister und Unternehmer Thomas Lamprecht rückt im Kantonsrat für Michael Welz nach. Mit diesem Schritt setzt er seinen Einsatz für das Gemeinwohl in der kantonalen Legislative fort.



«Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde ...»



Begrüssung durch die
Kommissionspräsidentin Rosmarie Joss



Thomas Lamprecht
EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Michael Welz und ich haben uns kurz vor Weihnachten getroffen. Als Ablösedatum legten wir Ende Februar fest. Dann besprachen wir bereits die ersten Geschäfte. Für mich galt es zu überlegen, wie ich mein künftiges Zeitmanagement gestalten werde. Denn als Unternehmer mit eigener Firma stehe ich während der Sitzungen im Kantonsrat am Montagmorgen und den Sitzungen der KEVU (Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt) am Dienstagmorgen im Geschäft nicht mehr zur Verfügung. So werde ich einzelne Arbeiten vermehrt an die Mitarbeiter delegieren und eventuell öfters am Samstagmorgen im Geschäft arbeiten, was ich bisher selten gemacht habe. Da mir die Familie wichtig ist, möchte ich mich auch da investieren und darauf achten, dass sie nicht zu kurz kommt. Ob mein Zeitmanagement aufgeht, wird sich zeigen.

Gott sei Dank erhielt ich in der Firma zwei grosse Aufträge, welche ich gut vorbereiten konnte. Das gab mir die Möglichkeit, mich voll und ganz auf den Start in den Kantonsrat zu konzentrieren. Beim Studieren der Unterlagen für die erste Kantonsratssitzung wurde mir bewusst, dass vor allem die erste Zeit einen Mehraufwand bedeutet – zumindest bis man die Übersicht hat und die Abläufe etwas kennt.

Neues anpacken liegt mir

Es freute mich, dass mich zur Amtseinsetzung meine Frau Lucia und meine Eltern begleitet haben. Im Rathaus führte mich der Standesweibel ein. Beim eigentlichen Beginn des Ratsbetriebes fiel mir auf, dass ein ziemliches «Gewusel» herrschte: es wurde geplaudert, einige lasen die Zeitung, schauten auf ihre Handys, schrieben auf ihren Laptops oder besuchten einander, um sich zu begrüßen oder etwas zu besprechen. Sich vernetzen ist wichtig. Für die Ablegung meines Amtsgelübdes haben sich alle Anwesenden erhoben und es war im Ratssaal kurz mucksmäuschenstill. Als ich an meinem Platz sass, kamen einige Ratskollegen vorbei, um mich zu beglückwünschen oder mich als Bekannte zu begrüßen. Deswegen bekam ich in der ersten Zeit nicht viel von den Geschäften mit.

Nach der halbstündigen Znünipause ging es weiter. Zu den einzelnen Geschäften wurde vielfach das Wort ergriffen; die Geschäfte gehen nicht so ohne weiteres durch. Um die Mittagszeit endete meine erste Sitzung als Kantonsrat. Ich freue mich auf diese Aufgabe! Neues anzupacken liegt mir und es erweitert den Horizont.

Schon immer habe ich mich für das Gemeinwohl eingesetzt und Politik hat mich schon in jungen Jahren interessiert. •

Gratulationen

Den Mitgliedern, die im April 2018 einen runden Geburtstag feiern, gratuliert die EDU Kanton Zürich mit der folgenden Aussage über unseren Herrn:

«DER HERR ALLEIN GIBT MIR KRAFT.
DENKE ICH AN IHN, DANN BEGINNE ICH ZU
SINGEN, DENN ER HAT MICH ERRETTET.»

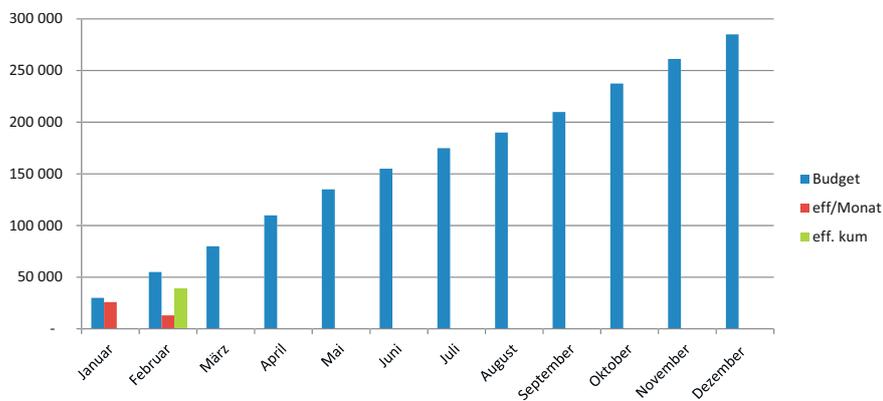
JESAJA 12,2B

Nelly Bühler, Dinhard
Hanni Kunz, Gossau
Stefan Zimmerli, Bülach

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Finanzen

Vielen Dank für Ihre Unterstützung Spendenbarometer 2018



Anzeige

**Suche eine 1- oder 2-Zimmerwohnung
an grüner und ruhiger Lage.
Mietpreis 500-1100 Franken.
Kontaktieren Sie mich unter:
043 299 07 11, 076 544 09 88**

Agenda

Gebetstreffen

Effretikon: Mittwoch, 6. Juni 2018 um 20 Uhr, FEG Effretikon, Vogelsangstr. 9 8307 Effretikon
Info: Peter Häni, 079 388 46 01
peanha@bluewin.ch

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (auch andere Abende möglich, ausser Montag) Im Zentrum 12, 8625 Gossau
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9–10 Uhr in den geraden Kalenderwochen: 4. und 18. April
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr: 13. April
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 9. April, 7. Mai
Begegnungszentrum Tann-Rüti (Jugend-Räume), Neuwiesenstr. 5, 8630 Rüti. Interessiert? Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Bülach: jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr: 9. und 23. April, Gemeinde für Christus (GfC), UG, Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach
Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30–19 Uhr: 11. April
Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

SEKRETARIAT EDU KANTON Zürich
Bürglistrasse 31, Postfach 248
8408 Winterthur
info@edu-zh.ch

SPENDENKONTO
IBAN CH35 0900 0000 8003 7173 6
Postkonto: 80-37173-6

KANTONALE REDAKTION
Daniel Suter, Saya Oechslin

GESTALTUNG
Lukas Frey

Bilder:
S.1 = flowers-2731320_1920

HERZLICHEN DANK FÜR IHRE SPENDE

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.



Geistliche «Heimat» für Juden in aller Welt: die Klagemauer in Jerusalem.

ten, auch ohne offizielle diplomatische Beziehungen.

Viele meinen, der israelisch-palästinensische Konflikt sei der grösste in der Region. Er ist existent, aber es handelt sich dabei «nur» um einen kleinen Konflikt in einer Region voller Auseinandersetzungen: Araber bekämpfen sich gegenseitig, Schiiten stehen gegen Sunniten auf – im Jemen, Irak oder in Libyen. Das ist tragisch. Darum ist es wichtig, den Frieden immer wieder zu thematisieren.

Jerusalem, «die Stadt Davids», ist seit 60 Jahren wiedervereinigt. Was bedeutet das für Sie als israelischer Staatsbürger?

Für mich bedeutet es Heimat, obwohl ich in Haifa geboren wurde. 1980 zog ich nach Jerusalem um. Mein Lebensmittelpunkt ist dort, meine Tochter studiert in Jerusalem. Ich war mit wenigen Ausnahmen in fast allen Ländern der Welt. Aber ich habe nirgends eine Stadt mit einer solchen Schönheit, Geschichte und Bedeutung gesehen. In Jerusalem leben verschiedenartigste Menschen zusammen, die Stadt kennt Religionsfreiheit, ist offen und frei. Das ist die einzig mögliche Option.

Die EDU verlangt mit einer Petition die Verlegung der Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Ihre Haltung dazu?

Für uns ist Jerusalem die Hauptstadt von Israel. Wir haben das so beschlossen und es liegt nicht an anderen, daran etwas zu ändern. Bei dieser Petition handelt es sich um eine lobenswerte Aktion. Sie orientiert sich ja am Beschluss des amerikanischen Präsidenten, einen Entscheid des US-Senats von 1995 umzusetzen. Viele Staaten sollten diesem Beispiel folgen, auch die Schweiz. Das würde Druck wegnehmen.

Ich möchte noch einen Aspekt betonen. Die Palästinenser versuchen, die Geschichte umzuschreiben. «Juden und Jerusalem haben nichts miteinander zu tun», heisst es immer wieder. Und die Unesco finanziert eine solche Politik noch. Doch das ändert nichts an den Tatsachen. Die Bevölkerung weiss, dass Israel ein jüdischer Staat und Jerusalem dessen Hauptstadt ist. Wir beten jeden Tag dafür, dass die Juden in Jerusalem bleiben.

Donald Trump will «seine» Botschaft am 14. Mai eröffnen, Ihrem Unabhängigkeitstag. Ein Signal für Frieden – oder neues Konfliktpotenzial?

Alles, was Jerusalem zum Thema hat, ist heikel. So wie auch alle Fragen, die den Tempelberg betreffen. Ich persönlich gehe davon aus, dass es Auseinandersetzungen geben wird. Aber ich bete dafür, dass es nicht zu einer 3. Intifada kommt. Ich möchte niemanden leiden sehen.

Welche Bedeutung hat die Partnerschaft Israel-USA?

Der amerikanische Support war immer sehr wichtig für Israel – politisch, diplomatisch und speziell in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit. Hier besteht eine sehr wertvolle Kooperation. Präsident Trump ist ein Segen für Israel.

Eine persönliche Frage zum Schluss: Haben Sie einen Leitvers oder ein Lebensmotto?

In den täglichen Gebeten bekennen wir, dass «ihre Wege sind liebliche Wege und alle ihre Steige sind Frieden» (Sprüche 3,17). Es ist mir wichtig, den Weg des Friedens zu erkennen und ihn zu beschreiten.

Exzellenz, vielen Dank für dieses Gespräch!

Für mehr Leben in der Politik

Wie definieren Politikerinnen und Politiker der Region Thun Lebensqualität? Wie stellen sie sich zu lebensethischen Themen? An einem überparteilichen Podiumsgespräch Anfang März kreuzten sechs Mitglieder des Grossen Rats rhetorisch die Klinge. Der EDU-Vertreter äusserte sich sehr kompetent, unter anderem auch zum christlichen Glauben.

Mediendienst

«Leben live – auch in der Politik?» Das engagierte überparteiliche Podiumsgespräch im Burgsaal Thun hielt während 90 Minuten seine Spannung bei. Die 80 Gäste verdankten einzelne Voten und die wertschätzende Haltung anderen Meinungen gegenüber mit Applaus. Videoclips zum Thema rundeten den Abend ab.

Mitmachen, statt sich zu ärgern

«Das Leben ist schön und ein Geschenk!» In Grundsatzfragen herrschte Einmütigkeit. Auch über die Vorzüge ihrer Wohnregion äusserten sich Andrea de Meuron (Grüne), Regina Fuhrer (SP), Melanie Beutler-Hohenberger (EVP), Samuel Kullmann (EDU), Hannes Zaugg-Graf (GLP) und Samuel Krähenbühl (SVP) übereinstimmend. Was aber fördert die Lebensqualität? Hier gingen die Meinungen auseinander, wie auch bei den Themen Mobilität, Raumplanung, Wirtschaft und Lebensrecht. Trotzdem ergaben sich immer wieder überraschende Berührungspunkte. Die Fragerunde zeigte auf, wo viele sich von der Politik zu wenig abgeholt oder «verschau-

kelt» fühlen. Engagiert motivierten die Podiumsteilnehmenden zur persönlichen Meinungsbildung. Denn: Letztlich sei alles Politik, was im öffentlichen Leben geschehe. Die direkte Demokratie biete Möglichkeiten, Anliegen einzubringen. So wurde elegant ein Bogen zu den Wahlen vom 25. März geschlagen. «Ärgern Sie sich nicht über die vielen Plakate und Inserate. Machen Sie sich ein eigenes Bild und gehen Sie wählen!», war sich das Podium einig.

Plädoyer für ewig gültige Werte

Die Motive für ein politisches Engagement können sehr unterschiedlich sein, wie sich zeigte. Die einen betrachten das soziale Anliegen als wichtig und machen sich primär für die Schwachen und Randständigen stark. Andere stellen die persönliche (Entscheidungs-)Freiheit über alles und sehen diese durch die verschiedensten Einflüsse bedroht. In einem persönlichen Statement äusserte sich EDU-Grossrat Samuel Kullmann zu seinem Glauben an Jesus Christus und zum Gott der Bibel. «Jesus Christus ist mein Erlöser und schenkt ewiges Leben», bekannte Kullmann. «Diese Sicht gibt mir Wegweisung und Kraft für meinen Einsatz für Gott und Menschen.» Aktuell beschäftigen ihn zum Beispiel die Themenbereiche Frauenhandel und alternative Energie.

Der Anlass im Burgsaal Thun fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Leben live» vom 1. bis 10. Juni statt. Eingeladen hatte die Evangelische Allianz Region Thun (EARTH), der Freikirchen und kirchliche Kreise angehören. •



Engagierte Diskussionsteilnehmende, von links: Regina Fuhrer (SP), Melanie Beutler-Hohenberger (EVP), Andrea de Meuron (Grüne), Moderator Thomas Feuz, Samuel Kullmann (EDU), Samuel Krähenbühl (SVP) und Hannes Zaugg-Graf (GLP).

Flüeli, Bern und ganze Schweiz

In Flüeli/Ranft am 26. Mai, auf dem Bundesplatz in Bern am 15. September und dezentral in der ganzen Schweiz vom 8. bis 14. September: Das OK vom «Marsch fürs Läbe» öffnet neue Türen, damit der Wert des menschlichen Lebens neu ins Bewusstsein kommt und in der Gesetzgebung verankert wird.



David Gysel, Redaktor «Impulsion»

Die Bewilligung für den Gebetsanlass «Bäte fürs Läbe» am 26. Mai ist eingetroffen. Damit kann der für letzten September verbotene Anlass nachgeholt werden. Das Organisationskomitee schreibt zur Wahl des Ortes: «Um dem besonderen Stellenwert des Gebets bei den Aktivitäten des «Marsch fürs Läbe» Ausdruck zu geben, organisieren wir unsere Gebetsveranstaltung am Wirkungsort von Niklaus von Flüe (1417–1487). Bruder Klaus war ein Beter und er hat durch seine Hingabe die Schweiz vor einem Bürgerkrieg und die alte Eidgenossenschaft vor dem Auseinanderbrechen bewahrt (Stanser Verkommnis 1481).»

Der Anlass soll dazu dienen, «den mächtig handelnden Gott im Gebet zu suchen und für eine geistliche Erneuerung in der Schweiz zu bitten.» Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung nötig (via Homepage oder: «Marsch fürs Läbe», Postfach 155, 8046 Zürich). Detailinformationen sind auf dem Flyer ersichtlich.

Gute Ideen gefragt

Der bereits reservierte Bundesplatz in Bern wird am 15. September Schauplatz sein, wenn am 9. «Marsch fürs Läbe» vor allem die Folgen einer Abtreibung thematisiert werden. Bekannt sind diese unter dem englischen Begriff «Post-Abortion-Syndrom».

Im Vorfeld des Anlasses findet erstmals eine «Wuche fürs Läbe» statt. Lebensrechtsorganisationen, EDU-Sektionen, Kirchen, Hauskreise, christliche Buchhandlungen usw. sind aufgerufen, vom 8. bis 14. September in der ganzen Schweiz und auf verschiedenste Weise den Wert des Lebens und das Lebensrechts zu thematisieren. Dies kann durch Verteilaktionen, Vorträge, das gemeinsame Betrachten eines Films mit Diskussion, durch das Ausstellen von Literatur und Filmen zu diesen Themen geschehen. Das OK arbeitet aktuell daran, Material zur Inspiration für diese Woche zusammenzustellen. •

➔ www.marschfuerslaebe.ch

Samstag 26. Mai 2018

Bäte fürs Läbe
Überkonfessioneller Gebetsmarsch

Mehrzweckgebäude Flüematte Flüeli/Ranft OW

12.00 h Lieder, Input, Anbetung
13.00 h Stiller Gebetsmarsch in den Ranft
14.30 h Lebensberichte, Fürbitte

SAVE THE DATE:
15. September 2018
Bundesplatz Bern
9. Marsch fürs Läbe

MARSCH FÜRS LÄBE
MARCHE POUR LA VIE
MARCIA PER LA VITA

www.marschfuerslaebe.ch

«WIR HABEN IM MOMENT EINE GESELLSCHAFT, DIE WERBUNG FÜR TABAK VERBIETEN WILL. ABER DIE WERBUNG FÜR DEN ABBRUCH DER SCHWANGERSCHAFT WOLLEN WIR JETZT WIEDER LEGALISIEREN. DAS VERSTEHE, WER WILL!»

Dr. Silke Launert am 22. Februar über die Debatte zur Legalisierung von Abtreibungswerbung im deutschen Bundestag.

Mehr ambulant statt stationär



Dauerbrenner Gesundheitswesen: Was auch immer geändert wird, bleibt nicht ohne Nebenwirkungen.

Der Spardruck nimmt zu, auch im Gesundheitswesen. Die Kantone wollen sparen: Nach Luzern definierten andere Kantone, welche Eingriffe in Zukunft nur noch ambulant vorgenommen werden. Auch der Bund doppelte nach. Wie gross die Einsparungen effektiv sind, wird sich zeigen.



Arthur Gasser, a. Gemeinderat Dübendorf

Auf Mitte 2017 legte der Kanton Luzern fest, dass ein gutes Dutzend häufig vorgenommene Eingriffe den Kassen nur noch vergütet werden, sofern diese ambulant erfolgen. Seit 2018 wenden auch die Kantone Zürich, Aargau, Wallis und Zug diese Praxis an. Zu den definierten Eingriffen gehören zum Beispiel Behandlungen des grauen Stars, Nierensteinertrümmerungen, Meniskus- und Krampfadernoperationen, Hämorrhoiden-Eingriffe oder das Einsetzen von Herzschrittmachern. Ausnahmen von dieser Regelung sind aus gesundheitlichen Gründen nur dann möglich, wenn Patienten schwer krank sind oder nach der Operation eine intensive Betreuung nötig wird. Die Entscheidung ambulant/stationär fällt der behandelnde Arzt.

Bald schweizweite Regelung?

Auch beim Bund weiss man, dass «ambulant» für das gesamte Gesundheitssystem günstiger ist als stationär. Gleichzeitig will Gesundheitsminister Alain Berset einen Wildwuchs von kantonalen Listen vermeiden. Aus diesem Grund hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Herbst 2017 seinerseits eine nationale Liste von acht Eingriffen definiert und den Leistungserbringern sowie den Kantonen zur Konsultation geschickt. Diese neue, schweizweite Regulierung dürfte Bundesrat Berset bald verbindlich einführen. Die Festlegung einer künftigen Regelung durch das Departement des Innern ist gemäss BAG noch in diesem Frühling, die In-

kraftsetzung der Änderung der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) für Anfang 2019 vorgesehen. Die Einsparungen für das gesamte Gesundheitssystem gemäss der Liste des BAG (für acht Eingriffe) beträgt rund 100 Millionen Franken. Für die Krankenkassen – und damit für die Prämienzahler – kommt es bei den zu «ambulant» verlagerten Fällen aufgrund der ungleichen Finanzierung von «ambulant und stationär» zu einer Mehrbelastung von rund 10 Prozent.

Kantone als «Gewinner»

In Bezug auf die nationalen Gesundheitskosten ist die Einsparung letztlich nur «ein Tropfen auf den heissen Stein», jedoch als absoluter Betrag doch eine ansehnliche Summe. Die grossen Gewinner der neuen Regelung sind die Kantone. Lässt sich ein Patient nämlich im Spital stationär behandeln, trägt der Kanton 55 Prozent der Kosten. Erfolgt der gleiche Eingriff ambulant, müssen ihn hingegen – abgesehen von allfälligen Beiträgen des Patienten – die Krankenversicherer allein berapen. Wie gross dieses finanzielle Ungleichgewicht ist, geht aus den neusten Zahlen von Santésuisse hervor. Die Ärztevereinigung FMH unterstützt die Verlagerung unter der Voraussetzung, dass die Entscheidung, ob ein Eingriff ambulant oder stationär durchgeführt wird, letztlich immer vom behandelnden Arzt gefällt werden muss. •

Kurswechsel

Diese Neuerscheinung dürfte von sich reden machen: Der Protagonist war bekennender Islamist und Mitglied der Mafia, der Co-Autor Sprecher des bulgarischen Verteidigungsministeriums. «Der Unsterbliche. Morden für Mohammed, leben für Jesus» erzählt die Geschichte eines Folterknechts und Auftragskillers. Heute bezeichnet sich Ali Dini als entschiedener Nachfolger von Jesus Christus.

Thomas Feuz

«Der Iraner Ali Dini trägt einen Spitznamen wie eine Legende: Ali, der Unsterbliche. Er überlebt die Revolutionskämpfe des 1. Golfkriegs wie durch ein Wunder. Als radikaler Islamist tötet er im Namen Allahs. Dann sagt er sich vom Islam los, flüchtet nach Bulgarien und tötet weiter: als Auftragskiller für die Mafia. Schliesslich wird er gefasst und verurteilt. Im Gefängnis begegnet er Jesus, der ihn, den skrupellosen Killer, bezwingt und ihm ein neues Herz schenkt. Heute tauft Ali Dini als Pastor kriminelle Jugendliche und Muslime.»

Bei der Lektüre wird man unmittelbar an den grossen Apostel Paulus erinnert. Er, der die «Sekte» der Nazarener bis aufs Blut verfolgte, erlebt eine Begegnung mit Jesus. Buchstäblich wie ein Blitz vom Himmel erfasst ihn das Wirken des Allmächtigen, das den gnadenlosen Auftragskiller Roms zu einem ebenso überzeugten, kompromisslosen Nachfolger der «neuen Lehre» macht.

Auch Ali Dini erlebt diesen Moment – nach zahlreichen Wirren und Irrungen. «Aus uns

Verfolgern wurden Verfolgte», schaut der frühere Häscher zurück. Und erzählt packend, wie sein lebenslanger Traum – «Hoffnung!» – schliesslich in Erfüllung geht.

Der Co-Autor Alexander Urumov verleiht dem Buch dank seinen umfassenden, politisch brisanten Insider-Informationen über den Jihad und die Organisation der osteuropäischen Mafia eine ganz spezielle Note.

Zum Co-Autor

Alexander Urumov (1969), früherer Sprecher des Verteidigungsministeriums Bulgariens und einer grossen bulgarischen Bank, verfasste zahlreiche Kurzgeschichten und Theaterstücke.

Das hier vorgestellte Buch ist seine erste Biografie. •

Das Buch

«Der Unsterbliche. Morden für Mohammed, leben für Jesus»

SCM Hänssler

(Bestell-Nr. 395.771)

ISBN 978-3-7751-5771-1

280 Seiten

ca. Fr. 25



LESER-
BILD



Früh übt sich ...

Wer sagt denn, dass Politik langweilig ist? Oder politische Lektüre nur etwas für die Grossen? Dass der «Standpunkt» offensichtlich auch der ganz jungen Generation Freude macht, zeigt das Foto eines Enkelkinds von a. EDU-Grossrat Fred Schneider, Thierachern BE.



Die Idylle trägt: Die Landwirtschaft gerät zunehmend unter noch grösseren Druck.

Das Diktat der Wirtschaft wird grösser

Sollen Weichenstellungen grundsätzlich an ihrer Kompatibilität mit wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet werden? Müsste nicht vermehrt ins Zentrum rücken, was uns Menschen, der Gesellschaft und unserem Land langfristig dient?



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Wenn nur noch das Geld regiert, gibt es viele Verlierer! Nachstehend soll gezeigt werden, dass ökonomisch motivierte Diktate längerfristig auch der Wirtschaft schaden können.

Bildung – und die elementare Menschenbildung?

Mit dem Lehrplan 21 will man Schülerinnen und Schüler zeitig auf das Berufsleben vorbereiten. Sie sollen vermehrt individualisiert und selbstverantwortlich lernen. Man denkt, der «richtige» Input führe zu einem entsprechenden Output. Kinder lernen jedoch über soziale Beziehungen und Vorbilder und benötigen besonders in Mathematik und Deutsch solides Grundlagenwissen. Für die Gehirnreifung und Gehirnentwicklung braucht es vielfältige Erfahrungen in der realen Welt mit Üben und Wiederholen – und nicht primär computergesteuerte Programme. Weil die elementare Menschenbildung und Förderung nicht mehr im Zentrum steht, wird die ökonomische Ausrich-

tung auf lange Sicht der Gesellschaft, unserem Land und somit auch der Wirtschaft schaden.

Gesundheitswesen: ohne menschliche Ethik?

Spitäler müssen nach marktwirtschaftlichen Kriterien betrieben werden. Wettbewerb und Fallpauschalen sollen ungerechtfertigte Kosten und Leistungen verhindern. Wenn jedoch ein Patient wegen verschiedener Leiden gleichzeitig nicht eine rundum sinnvolle Behandlung erhält, kann zwar das Spital bei einem späteren Neueintritt besser abrechnen, aber die Kosten steigen unnötig. Auch können Mindestzahlen für bestimmte Operationen zu unnötigen Eingriffen führen. Zeitbeschränkungen für Anamnesen wiederum können gefährlich werden und Leiden durch Fehldiagnosen unnötig verlängern. Gefragt wäre menschliche Ethik vor wirtschaftlichen Interessen; das rechnet sich langfristig auch finanziell.

Landwirtschaft – mit hoher immaterieller Bedeutung

Auch die Landwirtschaft soll sich wirtschaftlichen Interessen unterordnen und keinem Freihandelsabkommen (mehr) im Wege stehen. Die im Hochpreisland Schweiz tiefgehaltenen Lebensmittelpreise entsprechen dem effektiven Aufwand in keiner Weise. Grössere Betriebe können bei der vorherrschenden Topographie und Kleinräumigkeit oft nicht viel an Arbeitskraft und Zeit einsparen. Auch wenn die Landwirtschaft gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP) keine grosse Rolle spielt, stellt sie doch einen unverzichtbaren Wert für eine gesunde Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln und eine gewisse Unabhängigkeit vom Ausland dar. Mit regionalen und saisonalen Produkten leisten Landwirte einen wichtigen Beitrag zu gesunden und umweltschonend produzierten Lebensmitteln.

Direkte Demokratie: für mehr Selbstbewusstsein!

Wirtschaftsverbände fürchten Nachteile und wollen deshalb die direkte Demokratie für ein «Rahmenabkommen» mit der EU opfern. Damit würde im europäischen Binnenmarkt die automatische Übernahme von Gesetzen und Regelungen zwingend. Bei anders lautenden Volksentscheiden müsste ein Schiedsgericht über Sanktionen entscheiden. Die direkte Demokratie würde damit empfindlich geschwächt und die Schweiz zu einem Untertan der EU degradiert.

Dabei ist die Schweiz einer der vier wichtigsten Handelspartner der EU! Die Handelsbilanz ist für die EU mit plus 34 Milliarden Euro im Jahr 2016 extrem positiv. Die Schweiz ist nach den USA der wichtigste EU-Partner für Direktinvestitionen. Grund genug, unsere direkte Demokratie selbstbewusst zu verteidigen. •

Naturfaserkleider von Kopf bis Fuss

Erwecke deine natürlichen Stärken mit temperatur- und -feuchtigkeitsregulierender Wolle!



Wollunterwäsche Alpaka-Pullover
Wollsocken Icebreaker-Kleider
Wollfleece-Jacken Swisswool-Jacken



Spycher-Handwerk Weg der Wolle
Huttwil Betriebsführungen
Jurtenübernachtungen
Naturbettwaren
www.kamele.ch **062 962 11 52**



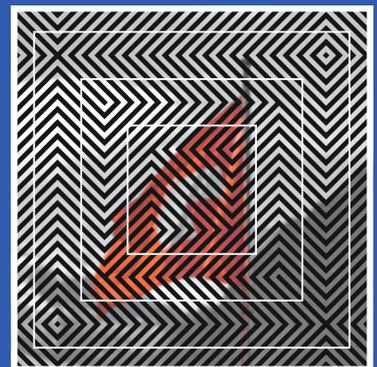
Christians for Truth

Jahreskonferenz Samstag, 21. April 2018

Kirche Hof Oberkirch, CH-8722 Kaltbrunn
10:00 Uhr bis 17:00 Uhr – www.cft.ch

Meinungsfreiheit

– eine Illusion?



Verhindert politische Korrektheit konstruktive Debatten?

Matthias Matussek, D

Journalist, Autor

Erfahrungsbericht eines Journalisten

Giuseppe Gracia, CH

Kommunikationsberater, Autor

Ein neuer Klassenkampf in unserer Gesellschaft

Johannes Läderach, CH

Meinungsfreiheit – damals und heute



Eintritt frei

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Direkt vom Bauer – ist schlauer! Rind- und Kalbfleisch aus Graubünden: 10-kg Mischpakete. Das Fleisch ist frisch, Portionengrösse nach Ihrem Wunsch, vakuumiert und angeschrieben. Persönliche Hauslieferung Region Chur, Winterthur, Zürich, Aarau und Basel.
Nächste Lieferung: 20. – 23. April 2018. Rindfleisch: CHF 25.–/kg; Kalbfleisch: CHF 30.–/kg. Kontakt: J. + C. Roffler-Jossen, Plattaweg 20, 7232 Furna; 081 332 30 13, roffler.cornelia@bluewin.ch

VERMIETEN

Frühling im Tessin am Luganersee in Brusino Arsizio, 3 1/2-Zi.-Whg. mit 6 Betten, ruhig, sonnig, Seesicht. CHF 720.–/W. K: 076 547 79 05

Ferienwohnung im sonnigen Hochtal Avers GR, 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. Frühlingswanderungen, baden am Bergbach, einfache bis anspruchsvolle Bergwanderungen, Herbstwanderungen in stimmungsvoller Landschaft. CHF 380.–/W., Wintersaison: CHF 480.–/W. K: 071 642 15 19

Weidhüttli im Berner Oberland, steht allein am Waldrand im Engstligental auf 1000 m, 6 Betten, ohne Strom. CHF 400.–/W. K: 044 937 34 09

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee. Gepflegte, helle Wohnung. Ideal bis 2 Pers. Inkl. Küchen-, Bad- u. Bettwäsche. TV, WLAN, PP vor Haus. ÖV 2 Min. Ohne Haustiere. CHF 60.–/N. Endreinigung CHF 70.– plus Kurtaxe. K: 078 666 36 51

PARTNERSUCHE

Naturverbundener Bauer, 57 J., sucht einfache Partnerin zum Verbringen der Freizeit. Raum Berner Oberland. Chiffre 180430

OFFENE STELLEN

Wir suchen gelernten Landschaftsgärtner mit Berufserfahrung in vielseitigen Kleinbetrieb, vorwiegend Gartenunterhalt, Region Bern. Sie bringen viel Freude am Beruf mit, arbeiten gerne in einem kleinen Team, sind belastbar und bekenntlicher Christ. Arbeitsbeginn Mai 2018 oder nach Vereinbarung. Wir freuen uns auf Ihren Anruf. K: 079 354 33 23

VERSCHENKEN

Neu! Vortrags-CD von Prof. Werner Gitt: «... und ist in keinem anderen Namen Heil.» Evangelistische neue CD – und deshalb auch sehr geeignet zum Weiterschicken

an Fernstehende! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen. K: literatur-dienst@bluewin.ch, 079 613 20 02

VERSCHIEDENES

«Gesund und erholt» – Seminar vom 24. – 28.9.2018 im Hotel Seebüel in Davos. Gesundheitsorientiertes Trampolintaining kennenlernen – wohltuende Entspannung erleben – köstliches Essen geniessen – wertvolle Impulse für das Leben mitnehmen! K: www.swingwalking.com, 071 223 20 23

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 2. Montag im Monat, Beginn 19.15 – 19.30 h, Schluss 21 h., im «be blessed plus», Rathausgasse 8: EDU-Gebet. Kontakt: 079 541 38 51

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30 h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Biel: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 h, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9 – 10 h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30 – 19 h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

5.4. Goldach (SG): 20 h, FEG, im Forwa-Center, 1. Stock, Seewiesstrasse 3: «Christ und Politik» – ein interaktiver Abend mit Lisa Leisi, Präsidentin EDU SG, und Ursula Schweizer, Vize-Präsidentin EVP SG. K: 071 420 92 64

9./23.4. Bülach: 20 h, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

14.4. Schaffhausen: Parteitag der EDU Schaffhausen im Bowling five in Thayngen. 8.15 h: Treffpunkt Bahnhof Thayngen, anschliessend Gebet für die Region; 9 h: Statutarischer Teil; 12 h: Mittagessen; 13.30 h: Bowling-Turnier. Anmeldung: www.edu-sh.ch

15.4. Herisau: 17 h, Pfingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

19.4. Glarus: 20 h, Hotel Restaurant Stadthof, Kirchweg 2: öffentlicher Vortrag mit Pierre Herter: «Erlässig-jahr – auch etwas für uns?» K: 055 640 59 60

27.4. Haslen (GL): 16 h, Bahnhofstrasse 9: «Glerner Textilien heute» – Betriebsbesichtigung Weberei Daniel Jenny & Co., mit Apéro im Fabrikladen in Ennenda. K: 055 640 59 60

4.5. Flawil: 19.30 h, Rest. Park, Bachstrasse 19: EDU-Abstimmungsforum. K: 071 420 92 64 www.sg.edu-schweiz.ch

8.5. St. Gallen: 19.30 h, Café Gschwend, Goliathgasse 7 (bei Marktplatz): EDU-Abstimmungsforum. K: 071 420 92 64 www.sg.edu-schweiz.ch

1.6. Wil SG: 19.30 h, Hof zu Wil, Marktgasse 88: Vortrag «Scharia in der Schweiz», mit Kurt Beutler. K: 071 420 92 64 www.sg.edu-schweiz.ch

Christliche Anlässe

Adonia

28.3. – 5.5. Musical Esther: Konzerte an verschiedenen Orten der Schweiz. Eintritt frei – Kollekte. K: www.esther-musical.ch

Abraham Dienste – Marsch des Lebens für Israel

2.4. – 6.5. Von Konstanz nach Genf – 424 km – erinnern, versöhnen, ein Zeichen setzen, segnen, erstatten. 2.4. Konstanz – Kreuzlingen, 8.4. Zürich, 15.4. Bern, 22.4. Payerne, 6.5. Genf. K: www.verein-abraham.ch, www.marschdeslebens.ch

Freie Evangelische Gemeinde Uznach

7.4. 9 – 16.30 h, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5, Uznach: Bibelstudientag «Der Römerbrief – das Evangelium Gottes», mit Benedikt Peters. Freiwilliger Unkostenbeitrag. K: www.seminarcenter-treffpunkt.com

Gemeinde für Christus

13. – 15.4. Musical «Um jedä Pris» – die bewegende Geschichte von Sandra Muth. K: www.kids4jesus.ch

4. – 6.5. «Schwungvoll leben.» Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, 3671 Herbligen, K: 031 770 71 71, www.freizeithaus.gfc.ch

Ländli Oberägeri

13. – 15.4. Seminar «Biblische Ernährung»
20. – 22.4. Frauen-Impuls-WE
4. – 6.5. cpd-Single-Weekend: «Freie Bahn für erfülltes Singleleben» K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

16. – 27.4. Frühlings-Aktionswochen: 30% Rabatt
16. – 18.4. Weiterbildung: Evangelistische Arbeit unter Kindern, mit Jürg Langhart
30.4. – 1.5. Weiterbildung: Konfliktbearbeitung, mit P. Schneeberger, K: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

Nationaler Israel-Gebetstag

21.4. 13 – 17 h, EGW, Nägeligasse 9, Bern. K: 052 242 83 55

Gospel Singers Uznach

27.4. 19.30 h, Abtei St. Otmarsberg, St. Otmarsberg 1, Uznach: Konzert der Gospel Singers Uznach. Eintritt frei – Kollekte

FEG Uznach

28.4. 9 – 16.30 h, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5, Uznach: Seminar «Das neutestamentliche Leben», mit Peter Engler. K: www.seminarcenter-treffpunkt.com

Credo Schloss Unspunnen

30.4. – 2.5. Frauentagung
18. – 21.5. Mountainbike-Freizeit
18. – 21.5. Pfingstfreizeit
K: 033 822 32 06, www.credo.ch

Jugendanlass DOXA

5.5. ab 9 – 22 h, FEG, Bahnhofstrasse 27, Schönenwerd. Alle Jugendlichen ab 16 Jahre sind herzlich eingeladen. Anmeldeschluss: 7.4. K: www.doxa-jugendevent.ch

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Der «EDU-Standpunkt» 05/2018 wird am 30. April versandt. Redaktionsschluss: 6. April 2018, Druck: 26. April 2018

Probeabonnement
info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

Jahresabonnement
CHF 30.–/25 € (inkl. 2,5% MwSt)

Impressum

HERAUSGEBER/REDAKTION

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(Inserate, ohne Marktplatz)
031 818 01 42
inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ

033 222 37 06
marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07
redaktion@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT

CHF 30.–/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

REDAKTION

Thomas Feuz (Leitung)
Arthur Gasser
Roland Haldimann
Lisa Leisi
Martin Lex
Hans Moser
Markus Reichenbach
Daniel Suter

Schreibende geben ihre
persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West
Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: iStock.com/Pgiam
Kopfbilder, 2, 9, 15: zvg
4, 5, 6, 19: pixabay.com
8: Thomas Feuz
11: shutterstock.com
12: Harold Salzmann
14, 16: iStock.com

Erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)

Auflage: 23500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch



**SCHLUSS
PUNKT**

«Dickes Fell – weiches Herz»

Kurz vor Druck der letzten Ausgabe ist Dr. Billy Graham 99-jährig verstorben. Der US-Evangelist galt als grösster Prediger des 20. Jahrhunderts.

Thomas Feuz

Eine Monatszeitschrift ist hoffnungslos veraltet, was tagesaktuelle Meldungen anbelangt. Ihre Stärke: Sie kann Hintergründe liefern. Und oft ist sie, wie im Blick auf das 70-Jahr-Jubiläum des Staates Israel am 14. Mai, ihrer Zeit sogar ein wenig voraus.

Aufruf, Ermahnung, Trost, Vertrauen

Billy Graham hielt Hunderte von Predigten und schrieb Dutzende von Büchern. Zehntausende folgten seinem Aufruf in Fussballstadien, «nach vorne zu kommen» und Jesus Christus als Herrn ihres Lebens anzuerkennen. Politik war ihm nicht gleichgültig. So stellte er sich hinter den republikanischen Präsidentschaftskandidaten und Mormonen Mitt Romney. Kritik erhielt Graham etwa wegen eines umstrittenen Papstbesuches.

Grahams Botschaften sind erstaunlich aktuell. In «Billy Graham antwortet» (R. Brockhaus Taschenbücher, 1963) spricht Graham indirekt eine Abstimmungsvorlage vom 10. Juni an: «Alles fängt so klein und harmlos an. Auch die Spiel- und Wettleidenschaft. Spielen und Wetten ist fast ein genehmigter Diebstahl. Da trudelt der Würfel, da gewinnt ein Pferd und man bekommt Geld, das einem andern gehört hat. In der Bibel steht: «Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen.» Es steht nicht geschrieben: Würfle drei Sechsen und jemand anders bezahlt dir dein Mittagessen.»

«The Bible says» war einer von Billy Grahams Standardsätzen. Er war Realist und sagte: «Das Böse ist real – aber auch Gottes Kraft und Liebe!» Er hatte Humor, wie folgende Zitate zeigen: «In Zeiten wie diesen ist dem Menschen kein Opfer zu gross, wenn es von anderen erbracht wird.» Und: «Mit Sinn für Humor ist es leichter, das Unpassende zu übersehen, das Unübliche zu verstehen, das Unangenehme zu tolerieren, mit dem Unerwarteten fertig zu werden und das Unerträgliche zu überstehen.» «Predigen ist die Kunst, Menschen zum Guten zu verführen» kann als humoristische Selbstdeklaration bezeichnet werden. Trost spendete etwa die Aussage «Gott nimmt aus deinem Leben nie etwas weg, ohne es durch etwas Besseres zu ersetzen.» Und eine Maxime gilt über alle Zeiten hinweg: «Tue alles Gute, das du kannst, mit allem Einsatz, mit allen Mitteln – überall wo du kannst, immer wenn du kannst, solange du kannst.»

«Heisse Köpfe und kalte Herzen haben noch nie ein Problem gelöst» und «Bete um ein dickes Fell und ein weiches Herz» (Quelle der Zitate: Livenet.ch) könnten als Tipps für Politiker gelten.

«Meine Heimat ist der Himmel, ich reise bloss durch diese Erde»: Dieses Ziel hat Billy Graham am 21. Februar erreicht. •



**Einladung
Festanlass**

1948-2018
70 Jahre Israel
Wiedererlangung
jüdischer
Unabhängigkeit

Sonntag 27. Mai 18
14.00 Uhr
Musical Theater
Basel
Feldbergstr. 151

ICEJ Schweiz



**Israel – Woche 21.-28.7.2018
Seeblick Höhenhotel, Emmetten**

Thema: Wort Gottes in Aktion – Israel 70
Jahre wiedererlangte Unab-
hängigkeit

Leitung: Hansjörg Bischof, ICEJ Schweiz
Sprecher: Johannes Gerloff Journalist (TV)
mit Ehefrau Christa, Jerusalem
Saleem Shalash Pastor
mit Familie, Nazareth

Musik: Duo Shoshan,
Ray und Walltraud Rennebaum
Deutschland
Shabbat Konzert

Näheres unter: www.icej.ch

**Reise zum Laubhüttenfest 2018
„Wage zu träumen“**

16. - 30.09.2018 mit Vorprogramm
in Galiläa / See Genezareth
21. - 28.09.2018 in Jerusalem direkt zum Fest

Reiseleitung: Hansjörg Bischof
Daniel und Gabriela Hess

ICEJ Schweiz, Postfach 11, 5057 Reitnau
Tel: 062 726 01 95 / info@icej.ch / www.icej.ch
www.kultour.ch/laubhuettenfest-2018.html



DAS HOTEL IM BERNER OBERLAND
ideal für Gemeindeferien und Seminare

Attraktive
Gruppenpreise!

www.gaestehaus.ch

sbti Seminar für biblische Theologie
Gästehaus
Ankommen – Ausruhen – Auftanken

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

PROSPERITA
Die christlich-ethische
Pensionskasse
www.prosperita.ch

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

baumannelektro.ch | 031 721 62 27

MAF
Flying for Life
maf-swiss.org

STAND PUNKT
Christlich-politische
Monatszeitschrift

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Petition
Verlegung der Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach
Jerusalem: www.schweizer-botschaft-nach-jerusalem.ch

Huwa
100 Jahre
www.huwa.ch

Solidarität unter Christen
Firmen und Dienstleistungen
stehen Ihnen zur Auswahl
www.cgs-net.ch
CGS ECS IC5
Christliche Geschäftsleute Schweiz

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

SPITALSCHIFFE
FÜR DIE ÄRMSTEN
Sie können
helfen!
www.mercyships.ch

Marsch des Lebens für Israel
Bern

Bern Bundesplatz
14 Uhr – 16 Uhr
Sonntag, 15. April 2018

Erinnern
Versöhnen
Ein Zeichen setzen
Segnen, erstatten

Aufarbeiten der Vergangenheit
Beziehungen zwischen Juden und Christen ermöglichen
Für Israel und gegen modernen Antisemitismus
Beschenken und zurückgeben

www.marschdeslebens.ch
www.verein-abraham.ch

HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

Spycher-Handwerk
Huttwil
www.kamele.ch

E. + W. BERTSCHI AG
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch